

## MARKUS GRÜBEL MdB



Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

anbei sende ich Ihnen/ Dir meinen Infobrief anlässlich der vergangenen Sitzungswoche des Deutschen Bundestages.

Themen der Woche:

- TAURUS: Meine Meinung zum von Russland abgehörten Online-Gespräch von deutschen Luftwaffenoffizieren
- Esslinger Gymnasiasten besuchen ihren Abgeordneten im Bundestag
- CDU/CSU-Fraktion drängt Bundesregierung erneut zum Handeln in Sachen Migration
- "Stephanuskreis" thematisiert Christenverfolgung und Religionsfreiheit
- Union fordert: Führerschein darf kein Luxusgut sein
- CDU und CSU bringen Themen ME/CFS, Long Covid und Post-Vac-Syndrom in den Bundestag ein
- Gute Nachricht, Enttäuschung und Zitat der Woche
- Zahl der Woche
- Ella Wolff hat ihr Praktikum beendet

Ihr/ Dein Markus Grübel MdB  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

**TAURUS: Meine Meinung zum von Russland abgehörten Online-Gespräch von deutschen Luftwaffenoffizieren**

Die Veröffentlichung des von Russland mitgeschnittenen Webex-Gesprächs von hochrangigen Luftwaffenoffizieren über den Marschflugkörper TAURUS hat hohe Wellen geschlagen. Der Verteidigungsausschuss kam in dieser Woche zu einer Sondersitzung zusammen, um von Verteidigungsminister Boris Pistorius genauere Informationen über den Vorfall zu erhalten. Fest steht, dass zwei der Offiziere den Fehler gemacht haben, sich über eine unsichere Internetverbindung in das digitale Gespräch einzuwählen. Das war fahrlässig und hätte nicht passieren dürfen. Zudem ist es grundsätzlich nicht sinnvoll, ein solches Gespräch von einem Hotel aus zu führen. In der deutschen Botschaft wäre es mit den notwendigen Sicherheitsvorkehrungen möglich gewesen. Egal, ob in Militär, Wirtschaft oder Politik, die jeweiligen Akteure müssen sich bewusst sein, dass sie jederzeit Ziel von Abhörversuchen sein können.

Trotzdem - und da gebe ich Minister Pistorius Recht - dürfen wir Politiker in Deutschland jetzt nicht den Fehler machen, uns über die sachliche Aufarbeitung hinaus zu kritisieren und zu beschimpfen. Das wäre genau das, was Präsident Putin bezwecken wollte. Wir dürfen ihm aber nicht auf den Leim gehen!

Für die Zukunft müssen wir in Deutschland ein Bewusstsein und eine Resilienz (Widerstandsfähigkeit) dafür schaffen, dass es wieder zu einem Abhörvorfall oder zu einem Fall von gesteuerten Informationen mit Halb- oder Unwahrheiten kommen kann. Auf der einen Seite müssen wir lernen, in unserem digitalen Verhalten alles zu tun, um das zu vermeiden. Auf der anderen Seite sollten wir aber auch gelassener damit umgehen, wenn es wieder passieren sollte.

Was Bundeskanzler Olaf Scholz angeht, finde ich es verwunderlich, dass er hinsichtlich TAURUS zu einer anderen Einschätzung kommt als der Verteidigungsminister und die Experten der Luftwaffe und dass er diese Einschätzung zwar mit einer Schulklasse, nicht aber mit dem Deutschen Bundestag teilt. Auch dass er öffentlich Informationen über den britischen Marschflugkörper STORM SHADOW preisgegeben hat, war mehr als unglücklich. Das hat zu einem Vertrauensverlust Deutschlands besonders beim Vereinigten Königreich, aber auch bei Frankreich und unseren anderen Partnern in NATO und EU geführt.



## Esslinger Gymnasiasten besuchen ihren Abgeordneten im Bundestag

Schüler des "Privaten  
Gymnasiums Esslingen"  
besuchten am 06.03.2024  
Markus Grübel im  
Reichstagsgebäude in Berlin.

Die 10.-Klässler diskutierten lebhaft mit ihrem Wahlkreisabgeordneten sowohl über sicherheitspolitische als auch gesellschaftspolitische Fragen. Besonders intensiv debattierten die Jugendlichen mit dem ehemaligen Parlamentarischen Staatssekretär im Bundesverteidigungsministerium die Aktivierung der Wehrpflicht im Rahmen eines Gesellschaftsdienstes sowie das Erfordernis, in unsere Sicherheit zu investieren und dies ins Verhältnis zu anderen gesellschaftlichen Problemen zu setzen.

[Zur Website des Gymnasiums](#)

## CDU/CSU-Fraktion drängt Bundesregierung erneut zum Handeln in Sachen Migration

Nach wie vor erlebt Deutschland einen großen Zustrom an Asylbewerbern. Allein im Jahr 2023 wurden fast 330.000 Erstanträge auf Asyl gestellt. In den ersten beiden Monaten dieses Jahres kamen weitere 47.000 Anträge hinzu. Damit entfällt auch weiterhin ein überproportionaler Anteil der in der EU gestellten Asylanträge auf Deutschland (ca. 30 Prozent im Jahr 2023). Dazu kommt, dass Deutschland bereits seit 2015 Millionen Flüchtlinge aus Syrien, dem Irak, Afghanistan etc. und ab 2022 aus der Ukraine aufgenommen hat. Ein Ende dieser Situation, die die Kommunen und die Gesellschaft insgesamt stark herausfordert, ist aktuell nicht in Sicht.

Die CDU/CSU-Fraktion und die Landesregierungen (darunter auch SPD- und von den GRÜNEN geführte) haben die Bundesregierung deshalb im letzten Jahr wiederholt zum Handeln aufgefordert. Die Zusagen, die Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) bei der Ministerpräsidentenkonferenz am 06.11.2023 gemacht hat, warten jedoch zum großen Teil noch immer auf ihre Umsetzung. Auch die jüngste Konferenz der Länder-Regierungschefs mit dem Bundeskanzler am 06.03.2024 blieb leider ohne konkrete Ergebnisse.

Aus diesem Grund hat die Union am Freitagvormittag ihren neuen Antrag „Länder und Kommunen in der Migrationskrise nicht im Stich lassen – Bund muss Vereinbarungen mit den Ländern umsetzen“ in den Bundestag eingebracht. Darin wird eine entschlossene und umfassende Umsetzung der o.g. Beschlüsse vom November 2023 gefordert. Außerdem fordern CDU und CSU die Bundesregierung auf, zusätzliche Maßnahmen in den Bereichen Asylverfahren, Familiennachzug und Rückführungen zu ergreifen, um den Strom Asylsuchender nach Deutschland effektiv zu begrenzen. Denn nur auf diese Weise können, so die größte Oppositionsfraktion im Bundestag, die Leistungs- und Integrationsfähigkeit unserer Städte und Gemeinden im Sinne des Prinzips „Humanität und Ordnung“ bewahrt bzw. wieder hergestellt werden.

[Antrag der CDU/CSU-Fraktion zum Thema Migration vom 12.03.2024](#)

## "Stephanuskreis" thematisiert Christenverfolgung und Religionsfreiheit



Am  
Dienstagmittag  
wurden im  
„Stephanuskreis“  
, der sich  
innerhalb der  
CDU/CSU-  
Fraktion für  
verfolgte  
Christen und

Religionsfreiheit einsetzt, zwei Berichte zur Religionsfreiheit vorgestellt. Zum einen präsentierte die christliche Hilfsorganisation „Open Doors“ ihren mittlerweile recht bekannten „Weltverfolgungsindex“ 2024, der die 50 Staaten auflistet, in denen Christen am drastischsten verfolgt werden. Den traurigen Spitzenplatz nimmt aktuell das von der Kim-Dynastie stalinistisch-sektenartig geführte Nordkorea ein, gefolgt von den von Dschihadisten und anderen (Terror-)Milizen dominierten Ländern Somalia und Libyen.

Für manche vielleicht überraschend, zählen laut „Open Doors“ aber auch formell demokratische Staaten wie Indien, Usbekistan, Äthiopien oder Kolumbien zu den 50 Staaten, in denen Christen stark diskriminiert, verfolgt und auch ermordet werden. Dabei betonte Ado Greve von „Open Doors“, sein Verein sei keine (klassische) Menschenrechtsorganisation, sondern leiste in erster Linie konkrete, praktische Hilfe für verfolgte Christen weltweit. Dabei kümmere sich „Open Doors“ als eine der wenigen Hilfsorganisationen auch und im Besonderen um christliche Konvertiten, also um Menschen, die ihren alten Glauben verlassen und den christlichen angenommen haben – und gerade deshalb stark bedroht würden.

Des Weiteren präsentierten der EKD-Vertreter und Oberkirchenrat Dr. Patrick Schnabel sowie ein Vertreter der katholischen Kirche den „3. Ökumenischen Bericht zur Religionsfreiheit weltweit 2023“. Die Vertreter der beiden größten Kirchen in Deutschland betonten, dass es ihnen im Gegensatz zu „Open Doors“ darum gehe, Verstöße gegen Menschenrechte im Allgemeinen in den Blick zu nehmen. Dabei sei die in vielen Ländern nicht gewährte Religionsfreiheit nur EIN Aspekt eines ganzen „Diskriminierungs-Bündels“. Zudem sei für die meisten Christen ihr Glaube nur EIN Teil einer komplexeren Gesamtidentität.

Foto (v.r.n.l.): Ado Greve („Open Doors“), Thomas Rachel MdB (religionspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Fraktion), Prof. Monika Grütters MdB (CDU/CSU, Vorsitzende des „Stephanuskreises“), Oberkirchenrat Dr. Patrick Schnabel (Evangelische Kirche), neben ihm ein Vertreter der katholischen Kirche

[Mehr zu "Open Doors"](#)

## Union fordert: Führerschein darf kein Luxusgut sein

Der Bundestag hat am Donnerstagabend über den Unions-Antrag „Damit Mobilität nicht zum Luxus wird – Für einen bezahlbaren Autoführerschein“ debattiert. Darin wird darauf hingewiesen, dass – im Gegensatz zu mancher Behauptung aus Berlin-Kreuzberg oder dem Hamburger Schanzenviertel – gerade im ländlichen Raum der Autoführerschein weiterhin eine „wichtige Grundlage für gesellschaftliche Teilhabe“ darstellt. Dies belegen auch die derzeit 20.000 Fahrschüler allein in Berlin, die mangels Terminkapazitäten ihre Prüfung nicht absolvieren können. Zudem haben sich die Führerscheinkosten seit 2017 fast verdoppelt und liegen nun bei hohen 4.500 Euro.

Deshalb fordern CDU und CSU die Bundesregierung unter anderem auf, die Weiterbildung von Fahrlehrern zu Fahrprüfern zu erleichtern und gemeinsam mit den Bundesländern die Voraussetzungen zu schaffen, dass (temporär) zusätzlich Fahrprüfer von Bundeswehr, Polizei und anderen Anbietern Prüfungen abnehmen können. Auch wird eine weitere Digitalisierung der Verwaltungsprozesse sowie der Einsatz von Technik (Einsatz von Fahrsimulatoren) gefordert – was auch die Führerscheinkosten reduzieren würde. Die Unionsfraktion betont jedoch, dass auch weiterhin selbstverständlich die Verkehrssicherheit an oberster Stelle stehen muss.

Antrag der CDU/CSU-Fraktion für einen bezahlbaren Führerschein

## CDU und CSU thematisieren erneut die Krankheiten ME/CFS, Long Covid und Post-Vac-Syndrom im Bundestag

Nachdem die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bereits 2023 die Erkrankung ME/CFS, also das chronische Erschöpfungssyndrom, mehrfach im Bundestag thematisiert hatte (u.a. in Form eines digitalen Fraktionskongresses, an dem hunderte Betroffene, zum Teil aus ihren Betten zugeschaltet, teilgenommen hatten), setzt sie diesen Kurs in diesem Jahr fort. Deshalb hat die Unionsfraktion eine sog. Große Anfrage an die Bundesregierung mit dem Titel „Projektförderung des Bundes im Bereich der Grundlagenforschung zu Long Covid, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom“ gestellt, über die am heutigen Freitag das Plenum des Bundestages debattierte.

Denn es ist Fakt, dass aktuell schätzungsweise 2,5 Millionen Menschen entweder an (zum Teil heftigen) Nachwirkungen einer Corona-Erkrankung, den Folgen einer COVID-Impfung (zahlenmäßig deutlich geringer) oder dem chronischen Erschöpfungssyndrom leiden. Da diese Personen häufig keiner Erwerbsarbeit mehr nachgehen können und deshalb den größten Teil ihres Lebens zu Hause (teilweise, siehe oben, in komplett ruhiger und dunkler Umgebung) verbringen müssen, kann man diese Leiden auch als „stille Krankheiten“ bezeichnen.

Gerade deshalb fordern CDU und CSU seit längerer Zeit, nicht nur die ärztliche und sonstige Behandlung der Betroffenen deutlich zu verbessern, sondern auch die Grundlagenforschung erheblich auszuweiten. Leider zeigt die rot-grün-gelbe Bundesregierung jedoch hier bisher viel zu wenig Initiative. Zwar hat der Druck der Unionsfraktion dazu geführt, dass die Forschungsmittel für diese Krankheitsphänomene

aufgestockt wurden, jedoch gibt es aktuell erhebliche Abstimmungsprobleme zwischen den für das Thema zuständigen Bundesministerien für Gesundheit (SPD-geführt) sowie für Bildung und Forschung (FDP-geführt). Die CDU/CSU-Fraktion fordert deshalb ein Ende dieser „Ressortegoismen“ und appelliert vor allem an Bundesforschungsministerin Bettina Stark-Watzinger (FDP), der Grundlagenforschung zu Long Covid, ME/CFS und dem Post-Vac-Syndrom hohe Priorität beizumessen.

Bundestagsdebatte zum Thema ME/CFS etc. vom 15.03.2024



### Gute Nachricht der Woche

Am Montag haben CDU und CSU ihr gemeinsames Wahlprogramm für die Europawahl, die in Deutschland am 9. Juni 2024 stattfindet, vorgestellt. Das Programm trägt den Titel „Mit Sicherheit Europa. Für ein Europa, das schützt und nützt.“ und rückt damit genau die beiden Themen in den Vordergrund, die nach Vorstellung der Union (also von CDU und CSU) die Union (also die EU) künftig kennzeichnen sollen: Einerseits ein gemeinsames Agieren gegenüber Bedrohungen von außen und innen und andererseits die Tatsache, dass die EU den Alltag ihrer Bürger eben nicht verkomplizieren, sondern dort vereinfachen und vereinheitlichen soll wo es Sinn macht und einen echten Mehrwert für die Menschen bringt.

Mehr zur Europawahl:  
<https://www.europawahl.cdu.de/>



### Enttäuschung der Woche

Wer sich bislang noch Illusionen bezüglich des wahren Kerns der AfD, ihrer Repräsentanten und Mitarbeiter gemacht hat, wurde diese Woche im Wortsinn „enttäuscht“. Gemäß einem Bericht des „Bayerischen Rundfunks“ beschäftigen die AfD-Bundestagsfraktion und ihre Abgeordneten mehr als 100 Personen, die nachweislich rechtsextremen Organisationen angehören. Hier scheint – die im wahrsten Sinne des Wortes rechte – Gesinnung vor Qualifikation zu gehen. Da diese im Bundestag Beschäftigten auch Zugang zu vertraulichen Informationen haben, ist nun Bundestagspräsidentin Bärbel Bas (SPD) dringend aufgefordert, geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Gesetzgeber vor rechtsextremistischer Unterwanderung zu schützen.



### Zitat der Woche

„Was bewegt Sie eigentlich, der Ukraine, der Sie ja [...] gerade noch zugesichert haben, dass wir an ihrer Seite stehen, diesem tapferen Volk und dieser Armee, die sich bisher an alle Absprachen gehalten haben, so zu misstrauen?“

Dr. Johann Wadephul MdB, stellv. Vorsitzender der CDU/CSU-Bundestagsfraktion

Dr. Wadephul fragte in der Regierungsbefragung am 13.03.2024 Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) nach den Gründen für seine Weigerung, der Ukraine den für die Abwehr der russischen Aggression dringend benötigten Marschflugkörper „Taurus“ zur Verfügung zu stellen.

## Zahl der Woche

Die Staats- bzw. Regierungschefs drei größten und bedeutendsten Länder im Westen und in der Mitte Europas – Frankreich, Deutschland und Polen – kommen an diesem Freitag in Berlin zusammen. Nach langer Pause tagt damit endlich wieder das „Weimarer Dreieck“ auf dieser hohen staatlichen

3

Ebene.

Gegründet im Jahr 1991, auf maßgebliche Initiative des damaligen deutschen Außenministers Hans-Dietrich Genscher, im thüringischen Weimar, stellt das „Dreieck“ gemäß Auswärtigem Amt ein wichtiges Forum dar, „um sich über gemeinsame Herausforderungen abzustimmen“. Und diese gibt es aktuell zuhauf zwischen Deutschland und Frankreich (Stichwort Streit um die Ukrainehilfen). Deshalb ist es vielleicht gut, dass Kanzler Scholz und Präsident Macron mit dem neuen, aber dennoch sehr erfahrenen polnischen Ministerpräsidenten Donald Tusk einen bürgerlich-liberalen und klar pro-europäischen „Moderator“ an ihrer Seite haben.



## Ella Wolff hat ihr Praktikum beendet

Vom 12.02.-08.03.2024 absolvierte die Studentin der Rechtswissenschaften an der Universität Münster, Ella Wolff, ein Praktikum im Bundestagsbüro von Markus Grübel in Berlin. Mit ihrer

freundlichen Art, ihrem großem Interesse an politischen und gesellschaftlichen Fragestellungen aller Art sowie ihren bereits im Grundstudium erworbenen juristischen Fachkenntnissen war sie eine große Bereicherung für den Esslinger Abgeordneten und seine beiden wissenschaftlichen Mitarbeiter.

Wir danken Frau Wolff sehr herzlich für Ihre exzellente Arbeit und wünschen ihr für ihr weiteres Studium und ihr Berufsleben, aber auch für ihren Lebensweg insgesamt alles Gute, viel Erfolg und Gottes Segen!

[Impressum](#) [Datenschutz](#) [Kontakt](#)



### **Markus Grübel MdB**

Parlamentarischer Staatssekretär a.D.  
Abgeordneter des Wahlkreises Esslingen

Deutscher Bundestag  
Paul-Löbe-Haus (Zi. 6.740)  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin

Telefon: +49 (0) 30 / 227 - 71973  
Telefax: +49 (0) 30 / 227 - 76964  
E-Mail: [markus.gruebel@bundestag.de](mailto:markus.gruebel@bundestag.de)  
<https://www.markus-gruebel.de>

Diese E-Mail wurde verschickt an und ist ein Service für Interessenten. Sie erhalten unsere aktuellen Informationen niemals unverlangt.

Sollten Sie keine weiteren Informationen auf elektronischem Weg wünschen, können Sie sich jederzeit [hier abmelden](#).

Ihnen gefällt der Newsletter? Über eine **Weiterempfehlung** würden wir uns freuen.